



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg



DIE GRÜNEN

An den
Ausschussvorsitzenden
des Planungs- und Verkehrsausschusses
Ingo Steiner

Kreishaus

53721 Siegburg

16. September 2014

Nachrichtlich
Fraktionen

Antrag an den PVA
Radweg an der L 352 zwischen Remschoß und Heisterschoß zeitnah realisieren

Sehr geehrter Herr Steiner,
die Fraktionen von CDU und GRÜNEN bitten um Aufnahme eines Tagesordnungspunktes
„Radweg L 352 zwischen Remschoß und Heisterschoß“ auf die nächste Sitzung des Planungs-
und Verkehrsausschusses.

Wir bitten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss des Kreistages appelliert nachdrücklich an die
Landesregierung, trotz Haushaltssperre die notwendigen Mittel für einen Maßnahmenbeginn des
Radwegs an der L 352 zwischen Remschoß und Heisterschoß bereit zu stellen.

Die Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises wird gebeten, als Alternative mit dem Ziel einer
zeitnahen Realisierung gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren Möglichkeiten wie bspw. die
Erledigung durch die Kommunen zu prüfen.

Ist dies nicht möglich, erklärt sich der Kreis zeitnah zu einer Vorfinanzierung bzw.
Kostenübernahme für die im Oktober 2014 notwendigen Rodungsarbeiten bereit.

Begründung:

Die Maßnahme zum Bau des Radwegs an der L 352 zwischen Remschoß und Heisterschoß
betrifft das landesweite Radroutennetz. Die Route ist zudem Bestandteil des beschlossenen
Kreisradwegekonzeptes. Sie ist für die Verkehrssicherheit und Attraktivität des Radverkehrs
insbesondere für die Bevölkerung vor Ort von größter Bedeutung.

Die Bevölkerung vor Ort engagiert sich massiv für eine Realisierung des Radwegs. Die
Unterkommission Rhein/Berg der Verkehrskommission des Regionalrats Köln hat die Maßnahme
auf Priorität 1 des Bauprogramms UA IIr gesetzt.

Mit Inkrafttreten der Haushaltssperre des Landes NRW ist die zeitnahe Umsetzung des
Radweges nun gefährdet. Denn da die Maßnahme noch nicht begonnen wurde, fällt sie unter die
Haushaltssperre. Damit werden nach Auskunft des Landesverkehrsministeriums die Mittel für die

notwendigen Rodungsarbeiten bis auf Weiteres nicht freigegeben. Diese müssen jedoch aus Artenschutzgründen bald durchgeführt werden. Geschieht dies nicht, kann der Maßnahmenbeginn erst im nächsten Jahr erfolgen. Zudem besteht die Gefahr, dass in der Priorität weiter hinten stehende Maßnahmen im Regierungsbezirk vorgezogen werden und sich dadurch die Realisierung des Radwegs weiter verzögert.

Der notwendige Geldbetrag für die Rodungsarbeiten liegt nach Schätzungen im niedrigen vierstelligen Bereich. Daher sollte zunächst an die Landesregierung appelliert werden, diese Gelder bereit zu stellen. Es erscheint auch nicht wirtschaftlich, wenn solche fertig geplanten und umsetzungsreifen Maßnahmen dauerhaft verzögert werden. Zudem sollte die Kreisverwaltung mit allen Akteuren offensiv und kurzfristig Alternativen wie eine Erledigung durch eigene Kräfte, Vorfinanzierung oder eine Kostenübernahme bei einem niedrigen Betrag prüfen, um eine schnellstmögliche Realisierung des Radweges zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Torsten Bieber (CDU)
gez. Oliver Krauß (CDU)

gez. Alexandra Gauß (GRÜNE)
gez. Martin Metz (GRÜNE)

f.d.R.

Andrea M. Hauser